

757111-2023 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen im Elektrobereich – Brandschutzsanierung Goethe-MS Augsburg, Techn. Ausrüstung ALG 4 und 5, gem. Paragraph 53 ff HOAI 2021, offenes Verfahren OJ S 241/2023 14/12/2023
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Augsburg

E-Mail: vergabe.baureferat@augsburg.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Brandschutzsanierung Goethe-MS Augsburg, Techn. Ausrüstung ALG 4 und 5, gem. Paragraph 53 ff HOAI 2021, offenes Verfahren

Beschreibung: Techn. Ausrüstung ALG 4 und 5 (ELT) Referenznummer der Bekanntmachung 650 23 021 06

Kennung des Verfahrens: 6a165906-67fd-4355-9c5c-34878a99eea1

Vorherige Bekanntmachung: 504332-2023

Interne Kennung: 650 23 021 06

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Die Stadt Augsburg plant die Brandschutzsanierung der Goethe-Mittelschule Augsburg. Gegenstand des Auftrages sind Planungsleistungen der Technische Ausrüstung ALG 4 und 5 (ELT) gem. Paragraph 53 ff HOAI 2021, LPH 1-9 bei stufenweiser Beauftragung.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71314100 Dienstleistungen im Elektrobereich

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71310000

Technische Beratung und Konstruktionsberatung, 71314000 Dienstleistungen im Energiebereich

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Augsburg

Postleitzahl: 86165

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Die Antworten auf Fragen von Bewerbern werden ausschließlich über die Vergabeplattform veröffentlicht, ebenso etwaige Änderungen der Bewerbungsunterlagen. Die Bewerber haben sich durch regelmäßige Kontrolle der Internetseite selbst über Antworten auf Bewerberfragen oder Änderungen der Bewerbungsunterlagen zu informieren.

2.1.4. Allgemeine Informationen

Dieses Verfahren wird neu aufgelegt

Zusätzliche Informationen: Eignungsnachweise und Angebote dürfen ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabeplattform eingereicht werden.

Eine Einreichung per E-Mail oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Rückfragen jedoch sind über Bietermitteilungen

unverschlüsselt über die Vergabeplattform möglich. - - - a) Die ausgefüllten

Eignungsnachweise und auch die Angebote sind unter Angabe des Vor- und Nachnamens des gesamtverantwortlichen Vertreters des Bieters / der Bietergemeinschaft und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Einreichungsfrist ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabeplattform einzureichen. Eine Einreichung per Email oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Nicht formgerechte bzw. formlose

Eignungsnachweise werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV). - - - b) Während der Angebots-

/Teilnahmephase sind Rückfragen ausschließlich elektronisch als Bieterfragen-/ mitteilungen unverschlüsselt über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform bis spätestens 10

Kalendertage vor Ablauf der Angebots-/Teilnahmefrist an den AG zu richten. Verbindliche

Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den

Vergabeunterlagen unter der zuvor genannten Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebots-/Teilnahmefrist veröffentlicht. - - - c) Teilnahmeunterlagen (Angebote mit

Eignungsnachweisen) können nur verschlüsselt elektronisch eingereicht werden und

verbleiben beim AG. Der AG bedient sich bei der Auswertung eines externen

Verfahrensbetreuers, dem die Teilnahmeunterlagen hierfür vertraulich bereitgestellt werden. -

- - d) Geforderte Nachweise sind elektronisch, nicht deutschsprachige Nachweise in einer

beglaubigten Übersetzung, dem Eignungsnachweis beizulegen. - - - e) Informationspflicht des

Bieters: Die Teilnehmer/die Bieter verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6

Kalendertage vor Ablauf der Angebots- und Teilnahmefrist auf der zuvor genannten

Vergabeplattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den

Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bieter ausdrücklich darauf

hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Angebots-

und Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder

zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden

unverzüglich auf zuvor genannter Vergabeplattform veröffentlicht. Es wird darauf hingewiesen,

dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der

Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder

Änderungen auf den Eignungsnachweis und das Angebot auswirken, gelten folgende

Regelungen: Sind der Eignungsnachweis und das Angebot bereits elektronisch eingereicht

worden, so ist dem Auftraggeber bis zum Ende der Angebots- und Teilnahmefrist über die

Vergabeplattform mitzuteilen, sofern: — der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot für

ungültig erklärt und kein neuer Eignungsnachweis und kein neues Angebot abgegeben

werden; — der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot für ungültig erklärt und ein neuer

Eignungsnachweis und ein neues Angebot abgegeben werden. Der neue Eignungsnachweis

und das neue Angebot müssen vor Ende der Angebots-/Teilnahmefrist elektronisch vorliegen;

— der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot - ergänzt um das Erläuterungs-,

Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben - aufrechterhalten werden sollen. Auf die

Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in

dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich

hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Angebots-/Teilnahmefrist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss, — der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot unverändert aufrechterhalten werden sollen. In diesem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Eignungsnachweis und Angebot, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden müssen. Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot unverändert aufrechtgehalten werden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: a) Erklärung des Bieters über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB; - - - b) Erklärung über das Nichtvorliegen von Eintragungen im Wettbewerbsregister; - - - c) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG; - - - d) Erklärung des Bieters, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen; - - - e) Ist der Bieter eine juristische Person, zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Planungsleistungen gehören, ist diese nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bieters gem. § 43 Abs. 1 VgV i. V. m. § 75 Abs. 3 VgV nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Leistungserbringer die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt; - - - f) Will sich der Bieter bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese zu benennen. Der Bieter muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist abzugeben; - - - g) Der Bieter muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben; - - - h) Erklärung des Bieters über die Bildung von Bietergemeinschaften. Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihrem Eignungsnachweis eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt.

Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bietergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bietergemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbeteiligungen sind auch Teilnahmen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bieterbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften; - - - i) Erklärung Bezug Russland; - - - j) Erklärung Masernschutzgesetz;

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Zwingende Ausschlussgründe gem. § 123 GWB, insbesondere: Bildung krimineller Vereinigungen, Bildung terroristischer Vereinigungen; Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung; Betrug oder Subventionsbetrug; Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung; Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung Fakultative Ausschlussgründe gem. § 124 GWB, insbesondere: Verstöße gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen; Zahlungsunfähigkeit, Insolvenz- oder mit Insolvenz vergleichbares Verfahren, Einstellung der beruflichen Tätigkeit; schwere Verfehlung, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird; wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen; Interessenkonflikt; Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung; Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags; Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Brandschutzsanierung Goethe-MS Augsburg, Techn. Ausrüstung ALG 4 und 5, gem. Paragraph 53 ff HOAI 2021, offenes Verfahren

Beschreibung: Gegenstand des Auftrages sind Planungsleistungen der Technische Ausrüstung ALG 4 und 5 (ELT) gem. Paragraph 53 ff HOAI 2021, LPH 1-9 bei stufenweiser Beauftragung. Ggf. werden auch verschiedene besondere Leistungen beauftragt. Die Planungsleistungen werden der Honorarzone II unten zugeordnet. Bei diesem Projekt werden Förderungen beantragt. Die Stadt Augsburg plant die Brandschutzsanierung der Goethe-Mittelschule Augsburg. Das Gebäude der Mittelschule setzt sich zusammen aus einem Längsbau mit zwei Flügelbauten (Baujahr 1949/50), im Süden einem angebauten Hausmeistergebäude und einem Turnhallenbau im Norden (Baujahr 1961). Es handelt sich um einen zweigeschossigen Sonderbau der Gebäudeklasse 3. Der Gesamtkomplex ist in Massivbauweise mit flach geneigten Pult- bzw. Satteldächern errichtet. Im Jahr 2009 wurden die Hohlkörperrippendecken in den Längs- und Flügelbauten saniert. Ebenfalls im Jahr 2009 wurde der naturwissenschaftliche Unterrichtsbereich aus dem Erdgeschoss in das 2. Obergeschoss des Längsbaus verlegt. Die ehemalige Hausmeisterwohnung (EG und 1. OG) wurde 2007 zur Mittagsbetreuung mit erdgeschossiger Anbindung an das Schulgebäude umgenutzt. Das Schulgebäude der Goethe-Mittelschule ist mit Stichfluren ausgestattet, die bedingen, dass für viele Räume nur ein einziger baulicher Flucht- und Rettungsweg vorhanden ist. Dies widerspricht den heutigen Vorgaben, sodass zweite bauliche Flucht- und Rettungswege geschaffen werden müssen. Die üblichen Unterrichtszeiten sind von 8:00 Uhr bis 17:00 Uhr, die Betreuungszeiten im offenen Ganzttag (im Bereich der ehemaligen Hausmeisterwohnung mit Zugang von der Yorkstraße) sind bis 16:30 Uhr. Es gibt ein Brandschutzkonzept nach § 11 Bauvorlagenverordnung mit den dazugehörigen Brandschutz- und Feuerwehreinsatzplänen. Diese Unterlagen werden allen Teilnehmern, die zur Vergabeverhandlung eingeladen werden, zur Verfügung gestellt. Es wurde eine Kostenschätzung erstellt. Diese Unterlagen werden den Bietern bestmöglich zur Verfügung gestellt. Eine elektroakustische Anlage (ELA) wird vorab bauseits installiert, diese ist nicht Teil dieses Vergabeverfahrens. Die Objektplanung beinhaltet folgende Maßnahmen: - Errichtung eines 2. baulichen Rettungsweg für die Klassenzimmer in den Obergeschossen mittels zweier außenliegender Fluchttreppen - Brandschutztechnische Ertüchtigung von Wänden und Türen (Es wird mit einer Schadstoffbelastung der Bodenbelege gerechnet) - Ausweitung der Brandmeldeanlage auf allen Fluren - Sicherheitsbeleuchtung in den Fluren des Untergeschosses - Austausch der alten Heizkörper - Bruttogeschossfläche gesamt ca. 4.273 m². Voraussichtlicher Zeitplan: Die Angebotswertung findet voraussichtlich im Februar 2024 statt. Die Auftragsvergabe ist aller Voraussicht nach direkt im Anschluss. Der Leistungsbeginn ist unmittelbar nach der Auftragserteilung. Der Baubeginn soll mit den Sommerferien 2025 erfolgen. Die Inbetriebnahme soll mit Beginn des Schulbetriebs im September 2025 möglich sein. Die Fertigstellung ist bis Ende Herbst 2026 geplant.

Interne Kennung: ELT

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71314100 Dienstleistungen im Elektrobereich

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71314000 Dienstleistungen im Energiebereich, 71310000

Technische Beratung und Konstruktionsberatung, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung: Stufe 1: LPH 1-2, gem. § 55 f HOAI 2021 - - - Stufe 2: LPH 3-4, gem. § 55 f HOAI 2021 - - - Stufe 3: LPH 5-7, gem. § 55 f HOAI 2021 - - - Stufe 4: LPH 8-9, gem. § 55 f HOAI 2021 - - - Zunächst wird nur die Stufe 1 beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der weiteren Stufen oder etwaiger besonderer Leistungen besteht nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Schleiermacherstr. 7

Stadt: Augsburg

Postleitzahl: 86165

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/03/2024

Enddatum der Laufzeit: 01/10/2026

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Das genannte Ende bezieht sich auf den Abschluss der LPH 8 (zzgl. Nachlaufzeiten für Rechnungsprüfung u.ä.). Die LPH 9 läuft darüber hinaus. Eine Verlängerung des Auftrags kann insbesondere dann eintreten, wenn Projektverzögerungen entstehen, die der Auftragnehmer nicht zu verantworten hat oder eine zeitnahe Freigabe durch den Zuschussgeber nicht erreicht werden kann.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Informationen über frühere Bekanntmachungen:

Kennung der vorherigen Bekanntmachung: 504332-2023

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien (Mindestanforderung):

Beschreibung des Eignungskriteriums: a) Erklärung des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft über den Gesamtumsatz des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft in den letzten 3

abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV. Mindestanforderung ist ein Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 100.000 EUR brutto in Summe im Leistungsbild Techn.

Ausrüstung ALG 4 und 5 (ELT); - - - b) Erklärung des Bieters zur Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 bzw. Abs. 4 VgV: Eigenerklärung im Eignungsnachweis über das Vorliegen

oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung über 1.500.000 EUR für Personenschäden und über 1.000.000 EUR für Sachschäden bei einem

Versicherungsunternehmen, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates

des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Die Erklärung des Versicherungsunternehmens über das Vorhandensein oder die Bereitschaft zum Abschluss muss vor Auftragserteilung mit dem Angebot eingereicht werden und darf nicht älter als sechs Monate sein, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (d. h. ohne Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens nachgewiesen werden, in der sie den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien

(Mindestanforderungen):

Beschreibung des Eignungskriteriums: a) Erklärung des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft über die Anzahl der festangestellten technischen Vollzeit-Mitarbeiter (MA) und der Führungskräfte in den letzten 3 abgeschlossenen Jahren (2020, 2021, 2022) gem. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Die Mindestanforderung ist ein jährl. Mittel von 2 techn. festangestellten Vollzeit-MA (bei 38-40 h / Woche) im Leistungsbild Techn. Gebäudeausrüstung ALG 4 und 5 (ELT) inkl. Geschäftsführung. Freie MA sind wie Unterauftragnehmer im Eignungsnachweis aufzuführen. Die „Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen“ gem. § 47 Abs. 1 VgV im Eignungsnachweis unter Anlage 1 ist von den freien MA auszufüllen. - - - b) Angabe der Fachkräfte gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV: Erklärung des Bieters über die Berufsqualifikation des Geschäftsführers/der Führungskräfte gem. § 75 VgV: Der Bieter erfüllt die fachl. Anforderungen, wenn in der Geschäftsführung bzw. unter den Führungskräften mind. 1 Person berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ oder „staatlich geprüfter Techniker“ oder „Meister“ der Fachrichtung Elektrotechnik o. vgl. gem. § 75 VgV im jeweiligen Herkunftsstaat des Bieters (Sitz d. Bieters) zu führen. Nachweis durch Vorlage einer Abschlussurkunde mit Angabe der Fachrichtung und Abschlussdatum. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ oder „staatlich geprüfter Techniker“ oder „Meister“ nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachl. Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2013/55/EU – Berufsanererkennungsrichtlinie - gewährleistet ist. - - - c) Die Berufserfahrung des Geschäftsführers/der Führungskräfte [hierbei muss es sich um dieselbe Person handeln wie unter b) Berufserfahrung] im Leistungsbild Techn. Gebäudeausrüstung ALG 4 und 5 (ELT) ist jeweils durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen. Mindestanforderung sind 5 Jahre Berufserfahrung für mind. 1 Geschäftsführer oder mind. 1 Führungskraft im Leistungsbild Techn. Ausrüstung ALG 4 und 5 (ELT).

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: a) Erklärung über die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder in die Handwerksrolle des Unternehmens oder Wohnsitzes b) Erklärung, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit

des Unternehmens in Frage stellen. Mit dem Angebot ist der Nachweis zu erbringen entweder durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder vorläufig entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende „Eigenerklärung zur Eignung“ (bspw. Formblatt 124) oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE). Auf Verlangen sind zur Bestätigung der Eigenerklärung innerhalb der von Vergabestelle vorgegebenen Frist vorzulegen: - Gewerbeanmeldung - Handelsregistrauszug - Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer. Hinweis auf die Abfragepflicht nach § 6 WRegG: Der Auftraggeber ist seit Inkrafttreten des Wettbewerbsregistergesetzes (WRegG) bei Aufträgen ab einem geschätzten Nettoauftragswert von 30.000,- Euro vor der Zuschlagserteilung zur Abfrage von Eintragungen des Bestbieters im Wettbewerbsregister verpflichtet. Der Auftraggeber wird für die Bieter, die für den Zuschlag infrage kommen, vor der Zuschlagserteilung einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister anfordern. Beruft sich das Unternehmen zur Erfüllung der Leistung auf die Fähigkeit anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nr. im Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die o.g. Erklärungen und Bescheinigungen auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Bei einem Teilnahmewettbewerb sind die o.g. Angaben bereits mit dem Teilnahmewettbewerb vorzulegen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: A) Darlegung des vorgesehenen Projektteams

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: B) Honorar

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien".

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/255955>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich

Beschreibung: Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 09. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Bieter müssen Ihre Bereitschaft erklären, dass in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formblatt 127 (Erklärung zu Bezug Russland) im Auftragsfall auszufüllen und zu unterschreiben. - - - Entsprechend des Gesetzes für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz) darf (z.B. in Gemeinschaftseinrichtungen, Medizinischen Einrichtungen) nur Personal mit Impfschutz, Immunität oder medizinischer Kontraindikation eingesetzt werden. Bieter müssen bereit sein, im Auftragsfall beide Erklärungen zu unterzeichnen.

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 23/01/2024 11:30:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 2 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gem. § 56 Abs. 2 VgV behält sich der Auftraggeber vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insb. Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzufordern. Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht aber nicht.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 23/01/2024 11:30:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-

Amtsblatt bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt

der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bieter im Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs. 3 GWB).

Beschaffungsdienstleister: Stadt Augsburg

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Augsburg

Registrierungsnummer: 09-9007618-71

Postanschrift: Rathausplatz 1

Stadt: Augsburg

Postleitzahl: 86150

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentralstelle Vergabewesen

E-Mail: vergabe.baureferat@augsbuerg.de

Telefon: +49 821 324 4654

Fax: +49 821 324 3084

Internetadresse: <https://www.augsbuerg.de/>

Profil des Erwerbers: <https://www.augsbuerg.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern

Registrierungsnummer: 09-0318006-60

Abteilung: Vergabekammer Südbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39
Stadt: München
Postleitzahl: 80534
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telefon: +49 8921762411
Fax: +49 8921762847

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Stadt Augsburg
Registrierungsnummer: 09-9007618-71
Postanschrift: Rathausplatz 1
Stadt: Augsburg
Postleitzahl: 86150
Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Zentralstelle Vergabewesen
E-Mail: vergabe.baureferat@augzburg.de
Telefon: +49 821 324 4654
Internetadresse: <https://www.augszburg.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

3c2860ae-9c92-4676-a53c-6ab7721174a0-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Verlängerung der Angebotsfrist

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0000

Beschreibung der Änderungen: Verlängerung der Angebotsfrist

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 0dec0ce3-e019-494d-96bc-7606008d4dd2 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/12/2023 13:38:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 757111-2023

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 241/2023

Datum der Veröffentlichung: 14/12/2023